



Gisela Piltz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende
der FDP-Bundestagsfraktion

Newsletter vom 9. Juli 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat sich zum letzten Mal vor der Sommerpause zu Sitzungen versammelt. Von einigen der zahlreichen Ereignisse darf ich Ihnen hier kurz berichten.

1. Gesundheitsreform.....	1
2. Haushalt 2011	1
3. Kommunalfinanzen.....	2
4. SWIFT-Abkommen.....	2
5. Reise nach Südafrika	3

1. Gesundheitsreform

Das deutsche Gesundheitssystem hat im internationalen Vergleich einen hohen Standard, die Kosten dafür steigen aber schneller als die Einnahmen - sowohl bei den gesetzlichen als auch bei den privaten Krankenversicherungen. Um unser Gesundheitssystem erhalten zu können, hat die Regierung sich auf eine grundlegende Reform verständigt.

Um den Menschen auch in Zukunft eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten, wird mehr Transparenz geschaffen, Eigenverantwortung gestärkt und Lasten werden gerecht verteilt.

Wichtigster Teil der Reform ist ein erweiterter einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag und der Sozialausgleich über das Steuersystem. So wird die soziale Verträglichkeit gesichert, die Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Krankenkassen gestärkt und mehr Wettbewerb und Transparenz geschaffen. Durch den Sozialausgleich werden alle Steuerzahler an der Finanzierung beteiligt. Der lohnabhängige Krankenkassenbeitrag war zur Förderung der Konjunktur vorübergehend gesenkt worden. Im Rahmen der jetzigen Reform wird er wieder auf sein vorheriges Niveau von 15,5% angehoben.

Zur Reform gehören auch ein Abbau der Bürokratie, eine Reform der Selbstverwaltungsorgane und Kostensenkungen bei den Arzneimittelpreisen. Dort wurden bereits kurzfristige wirksame Einsparungen beschlossen und setzen die langfristige strukturelle Neuordnung um. Mehr Informationen zu den geplanten Reformen finden Sie unter

<http://tinyurl.com/345ejzt>

2. Haushalt 2011

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch einen Regierungsentwurf für den Haushalt und eine Vorausplanung für die Jahre bis 2014 beschlossen. Dieser Entwurf wird nach der Sommerpause im Bundestag beraten. Bereits seit Jahren weist die FDP-Bundestagsfraktion darauf hin, dass Deutschland ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem hat. Die Verantwortung künftigen Generation gegenüber und nicht zuletzt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verpflichten uns, das Haushaltsdefizit einzudämmen.

Der vorgelegte Entwurf ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Gegenüber dem noch von Peer Steinbrück (SPD) eingebrachten Haushaltsentwurf für 2010 sind deutliche Einsparungen zu erkennen. Dafür müssen in allen Bereichen Ausgaben hinterfragt werden.

Diese Einsparungen für die nächsten Jahre wurden mit Bedacht und Sorgfalt gewählt. Nicht nur in der Bundesverwaltung wurden Milliarden gespart, sondern auch im größten Einzeletat des Bundeshaushalts, dem Budget des Arbeits- und Sozialministeriums wurden Einsparpotentiale identifiziert. Wer bei Einsparungen von rund drei Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt des Ministeriums von 188 Milliarden Euro von einem sozialen Kahlschlag spricht, missachtet die Tatsachen. Bei einem Anteil am Bundeshaushalt von über 50% kommt ein Drittel der Einsparungen aus diesem Bereich kommt. Wichtig ist, dass hier nicht der Rasenmäher angesetzt wurde, sondern die Notwendigkeit der einzelnen Sozialausgaben genau hinterfragt wurden. Dadurch konnten die Einsparungen ausgewogen geplant werden.

3. Kommunal Finanzen

Die Koalitionsfraktionen von FDP und CDU/CSU haben eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, um die Arbeit der Kommission zur Neuordnung der Kommunal Finanzen, die im Bundesministerium für Finanzen ansiedelt ist, parlamentarisch zu begleiten. Als kommunalpolitische Sprecherin bin ich Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Die Kommission unter Federführung des Bundesfinanzministeriums beteiligt sowohl weitere Bundesministerien als auch Vertreter verschiedener Landesregierungen und die kommunalen Spitzenverbände als Vertreter der Kommunen. Der Bundestag ist das Kontrollgremium der Regierung, daher ist er bewusst nicht direkt an der Kommission beteiligt. Der Bundestag wird die Ergebnisse der Kommission anhand des Abschlussberichts bewerten, der im Herbst veröffentlicht werden soll.

Am Donnerstag fand die zweite Sitzung der Kommission statt, ein Zwischenbericht der drei Arbeitsgruppen wurde vorgelegt und weitere Arbeitsaufträge wurden vergeben. Es wäre jedoch falsch, die Arbeit der Kommission schon an den Zwischenergebnissen zu bewerten. Besonders die kommunalen Spitzenverbände üben sich, die Ersetzung der Gewerbesteuer als nicht finanzierbar darzustellen, ohne die Bewertung der Kommission zu berücksichtigen. Die Arbeitsgruppe „Kommunalsteuern“ der Kommission hat den Auftrag, weitere Finanzierungsmodelle zu prüfen (unter anderem den Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände) und das ursprüngliche Prüfmodell (das sich an den Vorschlägen der FDP orientiert) mit einigen Änderungen zu berechnen. Die Koalition ist sich einig, dass den Kommunen sowohl auf Einnahme- als auch auf Ausgabeseite geholfen werden muss.

4. SWIFT-Abkommen

Im Plenum des Bundestages wurde am Donnerstag ein Antrag der FDP und CDU/CSU-Fraktionen zum SWIFT-Abkommen beschlossen (ich berichtete in den letzten Newslettern zum Fortgang). Ich konnte in meiner Rede im Plenum dazu darstellen, dass es wesentliche Verbesserungen des Abkommens zwischen der EU und den USA gibt. Viele Forderungen für mehr Datenschutz und Rechtsschutz sind in dem neuen Abkommen berücksichtigt. So liegt dem Abkommen nun eine klare und strikte Definition des internationalen Terrorismus zugrunde, jede Anfrage muss von Europol geprüft werden, die Daten werden im Push-Verfahren übermittelt, so dass die USA nicht mehr von sich aus auf SWIFT zugreifen können, der administrative Rechtsschutz gilt nun gleichermaßen für Nicht-US-Bürger wie für US-Bürger selbst, gespeicherte Daten müssen jährlich im Hinblick auf die Erforderlichkeit weiterer Speicherung überprüft werden und ein EU-Beamter kann vor Ort in den USA jeden Zugriff prüfen und sogar blockieren. Ansprüche auf Auskunft, Löschung, Berichtigung oder Sperrung können über den jeweiligen nationalen Datenschutzbeauftragten eingelegt werden. Zudem bedarf die Übermittlung von Daten an Drittstaaten der Genehmigung des Herkunftsstaates.

Das EU-Parlament hat darüber hinaus durchgesetzt, dass innerhalb eines Jahres die EU-Kommission einen Vorschlag für den rechtlichen und technischen Rahmen der Datenextrahierung innerhalb der EU vorlegt. Damit kann mittelfristig auf die Übermittlung von Massendaten, wie dies leider derzeit noch der Fall ist, verzichtet werden.

Besonders erfreulich ist, dass die SWIFT-Debatte nun den entscheidenden Anstoß gegeben hat, um ein allgemeines Datenschutzrahmenabkommen für jedweden Datenaustausch zwischen EU und USA zu schaffen. Die Verhandlungen hierzu werden von der Kommission in Kürze mit den USA aufgenommen werden.

In dem gemeinsamen Koalitionsantrag haben Union und FDP die Fortschritte des neuen SWIFT-Abkommens dargestellt. Zugleich sind wir jedoch nicht blind gegenüber den Punkten, die noch besser sein könnten. So ist es leider weder der Bundesregierung noch dem Europaparlament gelungen, eine generelle Verkürzung der Speicherdauer auf unter fünf Jahre durchzusetzen.

Das SWIFT-Abkommen ist sicher nicht perfekt, aber es berücksichtigt nun wesentliche Grundsätze für einen angemessenen Datenschutz und Rechtsschutz. Das ist deutlich mehr als unter der letzten Regierung bei SWIFT verhandelt wurde und erst recht mehr als beispielsweise Rot-Grün bei internationalen Abkommen wie dem Fluggastdatenabkommen durchgesetzt hat. Mehr Informationen finden Sie unter http://www.liberale.de/files/2027/SWIFT_Argumente.pdf

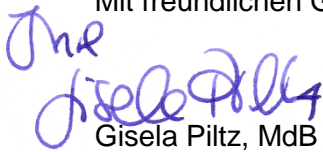
5. Reise nach Südafrika

Auf Einladung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel durfte ich am vergangenen Wochenende nach Südafrika reisen. Unter anderem trafen die Kanzlerin und die sie begleitenden Abgeordneten in Südafrika mit Staatspräsident Jacob Zuma und der Premierministerin der Provinz Westcape Helen Zille zusammen. Zudem besuchten wir in Kapstadt Projekte im Township Khayelitsha, die wesentlich mit deutschen Entwicklungshilfemitteln gefördert werden. Auch der Zwischenstopp der Regierungsmaschine in Ghana wurde für Gespräche mit Kabinettsmitgliedern des Staates Ghana genutzt. Höhepunkt der Reise war aber der Besuch des Viertelfinalspiels der deutschen Nationalmannschaft.

Auch wenn der Bundestag sich erst im September wieder zur Haushaltsberatung trifft, werden wir die Sommerpause dafür nutzen, uns in der Koalition wie auch in der FDP-Fraktion mit dem Arbeitnehmerdatenschutz, der Stiftung Datenschutz und vorbereitend mit dem Haushalt 2011 zu beschäftigen. Natürlich werde ich die Zeit auch dafür nutzen, Termine in Düsseldorf und dem restlichen Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen. Ich würde mich freuen, Sie bei dem einen oder anderen Termin zu treffen.

Nach der ersten Sitzungswoche werde ich Sie natürlich wieder mit einem Newsletter über meine Arbeit informieren. Genießen Sie den Sommer, der gerade so vielversprechend beginnt und drücken Sie der deutschen Nationalmannschaft wie ich für das kleine Finale die Daumen!

Mit freundlichen Grüßen


Gisela Piltz, MdB